

## Solidarität der Kirchen in der Zone

### Terrorurteil gegen Pfarrer Schmutzler stärkt Gemeinschaft der Christen

Berlin (Eigenbericht/KNA). Das Terrorurteil gegen den Leipziger evangelischen Studentenpfarrer Dr. Siegfried Schmutzler hat die Solidarität der Kirchen in der Sowjetzone noch mehr anwachsen lassen. Sowohl von evangelischer als auch von katholischer Seite wurde heftige Kritik an dem Urteil geübt. Vor der Synode der Evangelischen Kirche der Union (EKU) erklärte Propst Dr. Böhm (Berlin), es gehe um das Recht der Kirche zur Verkündigung. Im Falle Schmutzler sei politisches „Recht“ gesprochen worden. Einem Recht gegenüber, das der Macht diene, müsse die Kirche betonen, daß Gott allein die Quelle des Rechts bleibt.

In einer offiziellen Stellungnahme aus katholischen Kreisen in Westberlin heißt es, das Urteil gegen Pfarrer Schmutzler habe auch unter den Katholiken „schmerzliches Befremden“ sowie die Befürchtung hervorgerufen, daß das kirchliche Wirken in der Zone in immer engere Grenzen gedrängt werden solle. Kritische Äußerungen und Stellungnahmen zu der Staatsphilosophie des Marxismus-Leninismus, durch die eine Anlehnung und Verurteilung des Atheismus vom kirchlichen Standpunkt ausgesprochen werde, würden als Hetze und Wührarbeit gekennzeichnet; jeder Widerspruch gegen die atheistische Zwangserziehung in allen pädagogischen Bereichen, so auch die Jugendweihe, werde als eine der Kirche nicht zukommende Einwirkung in Belange der Partei und als gewollte Störung des Friedens und der sozialistischen Ordnung gebrandmarkt. Selbst die Fühlungnahme mit kirchlichen Einrichtungen in der Bundesrepublik werde unter Außerachtlassung ihres Zwecks, nämlich einer Sicherung der kirchlichen Einheit in Ost und West, als Agenten- und Spionagetätigkeit kritisiert.

Abschließend heißt es in der katholischen Stellungnahme, die Rechtsordnung in der Zone habe in weitem Maße politischen Zweckmäßigkeiten zu

dienen. Der Artikel 6 der Verfassung, der sich gegen sogenannte Boykotttheze richtet, sei in seiner strafrechtlichen Anwendung so dehnbar, daß er auch auf solches seelsorgerische Wirken anwendbar sei, das den staatlichen Instanzen unerwünscht erscheine.

## Synode fordert klare Entscheidung

### Vertrauenserklärung der EKU für Dibelius

Berlin (Eigenbericht). Mit einem Bekenntnis zur Einheit der Evangelischen Kirche und einer Vertrauenserklärung zu Bischof D. Dr. Dibelius wurde im Stöckerstift in Berlin-Weißensee (Ostsektor) die Tagung der Synode der Evangelischen Kirche der Union eröffnet. Im Mittelpunkt stand ein Bericht des Ratsvorsitzenden der EKU, Präses Scharf, in dem er zu den Angriffen und Schwierigkeiten Stellung nahm, denen die Evangelische Kirche in der Sowjetzone ausgesetzt ist. Die Konferenz, die im Beisein von Bischof Dibelius begonnen hat, wird sich bis Donnerstag mit einem neuen Dienstgesetz für Pfarrer zu beschäftigen haben. Außerdem wurde ein Kirchengesetz über den Gebrauch des einheitlichen Katechismustextes verabschiedet. Der Synode gehören die Vertreter von sechs Gliedkirchen aus Ost und West an.

Der Dekan der theologischen Fakultät an der Ostberliner Humboldt-Universität, Prof. Vogel, teilte mit, daß die neuimmatrikulierten Studenten die von ihm geforderte Loyalitätserklärung gegenüber dem Sowjetzonenstaat nur mit dem Vorbehalt unterschrieben hätten, daß ihre Bindung an das Evangelium dadurch nicht angetastet werde. Prof. Vogel fügte hinzu, nunmehr müßten alle Theologiestudenten wieder an dem obligatorischen gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht teilnehmen, von dem die Theologen an der Humboldt-Universität während der letzten Jahre befreit waren.

Bischof Dibelius hatte in einem Grußwort an die von Präses Kreyszig (Magdeburg) geleitete Versammlung hervorgehoben, daß der Blick der Evangelischen Kirche der Union „in ganz besonderer Weise nach dem Osten“ gerichtet sein müsse. Sie habe vor allem die Verpflichtung zu beweisen, daß politische Meinungsverschiedenheiten die kirchliche Glaubensverbundenheit nicht trennen könnten. Dibelius wünschte der EKU die „Großzügigkeit und den Elan“, um „alle Angriffe ignorieren“ zu können.

In seiner Vertrauenserklärung für Bischof Dibelius wies Präses Scharf auf die Zeit des Nationalsozialismus hin, in der Dr. Dibelius „einer der markantesten Zeugen der Kirche“ gewesen sei. Die Kirche empfinde heute die Amtsbehinderung des Bischofs sowie Diffamierungen als „Mord- und Brandprediger“

Fortsetzung auf Seite 3

## Das Neue ist das Alte

DT. Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei war in der vergangenen Woche für einen Tag zusammengetreten, um den Bericht der Partei- und Regierungsdelegation entgegenzunehmen, die während der Revolutionsfeiern in Moskau an den Beratungen mit fast allen kommunistischen Parteien der Erde teilgenommen hatte. Die Hauptberatungen fanden mit den Vertretern der sowjetischen Partei statt, über die deutsche Situation im allgemeinen und über die Situation der Sowjetzone im besonderen.

Die letzte Tagung des Zentralkomitees hat vorbehaltlos die Moskauer Beschlüsse akzeptiert, ja, es hat sie in einigen Punkten noch stärker betont, als es in den Moskauer Erklärungen zum Ausdruck kam. „Bei aller Beachtung der nationalen Tradition und Besonderheiten“ — so heißt es in dem Beschluß der SED-Führung — „ist es doch an der Zeit, weniger über die Besonderheiten der einzelnen Länder und über besondere Wege zu sprechen und mehr über das Gemeinsame.“ Dies ist dieselbe Haltung, die Walter Ulbricht in einem Aufsatz in der Moskauer „Prawda“ am Vorabend des 7. November vertrat. In jenem Artikel erklärte er: „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat es bereits damals abgelehnt, von einem besonderen deutschen Weg zum Sozialismus zu sprechen, weil das als eine Absage an den Leninismus aufgefaßt werden könnte.“ Der servile Ulbricht möchte also gegenüber Moskau demonstrieren, daß die deutschen Kommunisten, etwa im Gegensatz zu den polnischen und ungarischen, bereits seit über einem Jahrzehnt einen Standpunkt eingenommen haben, der dem der heutigen sowjetischen Führung unter Nikita Chruschtschow entspricht. Nun, die Geschichte der kommunistischen Parteien zeigt, daß sie mit ihrer eigenen Vergangenheit willkürlich Manipulationen vornehmen, wenn es für die taktischen Zwecke notwendig erscheint.

Kein Zweifel kann allerdings darüber bestehen, daß sich das Ostberliner Zentralkomitee seit dem Besuch Chruschtschows im August d. J. in einer außerordentlich engen Beziehung mit dem Kreml fühlen kann. Dies ist — so seltsam es klingen mag — ein wechselseitiges Verhältnis. In seinen Auseinandersetzungen um die Führung der sowjetischen Partei braucht nämlich Chruschtschow in erster Linie die Hilfe jener Parteien, an deren Spitze gerade stalinistische Kräfte, wie etwa Ulbricht in Ostberlin oder Nowotny in Prag, standen. Gegenüber den Molotow-Kaganowitsch konnte er immer triumphierend darauf hinweisen, daß er gerade jene Kräfte hinter sich habe, auf die eigentlich die Moskauer Stalinisten um Molotow sich berufen könnten. Im Interesse der Erhaltung seiner Machtpositionen warf Ulbricht das Gewicht der SED auf die Schale Chruschtschows — und fuhr gut damit. Denn seit jenem Zeitpunkt stieg sein Ansehen bei den Genossen. Es ist bemerkenswert, daß in den Moskauer Entschlüssen wiederholt auf die Bedeutung der Sowjetzone hingewiesen wird und die Parteien des sogenannten sozialistischen Lagers sich ausdrücklich verpflichtet haben, dem Ulbricht-Regime beizustehen. Auch ist es kein Zufall, daß bei den Moskauer Paraden und Sitzungen Ulbricht seinen Platz unmittelbar neben den sowjetischen Führern einnahm.

Mit der uneingeschränkten Vollmacht Chruschtschows ist die SED-Delegation aus Moskau zurückgekehrt. Die Parteiführung setzt nunmehr auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und geistigen Le-

bens den harten Kurs fort, den sie bereits vorher eingeschlagen hatte. Das beweisen deutlich der Kampf gegen die evangelischen Kirchen, die Zurückdrängung der ideologischen Opposition in der Intelligenz und die massiven Bemühungen, die sogenannte Republikflucht zum Stillstand zu bringen — Teile des Aktionsprogramms, das in Moskau aufgestellt wurde. Wenn Marschall Gretscho, Oberbefehlshaber der Sowjettruppen in der Zone, und sein Nachfolger, Armeegeneral Sacharow, bei ihrem Abschieds- bzw. Antrittsbesuch nicht zuerst zu Otto Grotewohl, dem Ministerpräsidenten der Zone, sondern zu Walter Ulbricht, dem Ersten Sekretär der Partei, gegangen sind, so mag man aus dieser Tatsache die Stellung Ulbrichts mit großer Deutlichkeit ablesen. Auch dies ist eine Demonstration der Unterstellung der Armee unter die Partei, Reflexion des Sieges Chruschtschows über Marschall Schukow.

Selbstverständlich kann die Moskauer Identifizierung mit Walter Ulbricht die Schwierigkeiten, denen sich die Zone auf den verschiedensten Gebieten gegenüber sieht, nicht aus der Welt schaffen. Wohl aber sind diese Tatsachen ein unmissverständlicher Hinweis auf die unveröhnliche Haltung der gegenwärtigen Sowjetpolitik gegenüber jeder Möglichkeit eines einheitlichen Deutschlands in Frieden und Freiheit. Es wäre fatal, sich über das enge Zusammenspiel Chruschtschows und Ulbrichts Illusionen hinzugeben. Das Deutschlandproblem blieb stationär. Wie lange — das ist die Frage.

## Pankow treibt Isolierung weiter voran

Potsdamer brauchen für Ostberlin-Fahrt ein Postkonto

Berlin (DPA). Die Kampagne zur weiteren Isolierung des sowjetisch besetzten Gebietes vom Westen hält unvermindert an. Nach einer Meldung der in Potsdam erscheinenden „Märkischen Volksstimme“ sollen Einwohner der Stadt Potsdam sich für Einkäufe in Ostberlin ein Postscheckkonto anlegen und das benötigte Geld per Postscheck an den Verkäufer

überweisen. Dadurch soll vermieden werden, daß sie Ostgeld eventuell nach Westberlin mitnehmen.

Um jeden Kontakt mit Westberlin zu vermeiden, ist jetzt außerdem eine neue Zugverbindung von Potsdam-Süd über den Güterausßerung nach dem Schlessischen Bahnhof fertiggestellt worden.

## Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wo und wie unsere Wochenausgabe Sie in der sowjetischen Besatzungszone erreicht hat. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn M. Barth  
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

## Synode fordert klare Entscheidung

(Fortsetzung von Seite 1)

oder als „Beispiel moralischer Verkommenheit“, denen er im Osten ausgesetzt ist, als besonders schmerzlich. Außerdem wies Scharf die neuesten Angriffe der Sowjetzonenpresse gegen eine Reihe anderer kirchlicher Amtsträger zurück und betonte, in keinem Fall sei ein Anlaß zu derartigen Beschuldigungen gegeben worden.

Zur Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche um die Konfirmation und die kommunistische Jugendweihe erklärte Präses Scharf, daß sich aus dieser Frage eine „echte Bekenntnissituation“ ergeben habe. Die Kirche könne nur an Kinder und Eltern appellieren, die rechte Entscheidung zu treffen, obwohl sie wisse, daß beide, bei einer Teilnahme an der Konfirmation, Nachteilen ausgesetzt seien. Die Kirche warne aber vor der Ablegung eines Gelübdes für eine Weltanschauung, „die anlässlich der Entscheidung der Sputniks den achten Schöpfungstag verkündet und glaubt, Gott übertrumpft zu haben“.

„Beerdigung nicht zu erkaufen“

Auf die Angriffe gegen Geistliche, die eine kirchliche Beerdigung verweigert hätten, erwiderte Präses Scharf, daß sich die Kirche die Beerdigung nicht erkaufen lasse. Die Zugehörigkeit zur Kirche müsse ernst

## Neue Angriffe gegen Dibelius

„Er mißbraucht die Bibel für westliche Hetzparolen“

Berlin (Eigenbericht). Neue Angriffe gegen Bischof D. Dr. Dibelius und gegen angeblich „reaktionäre Kirchenleitungen“ veröffentlichte dieser Tage die Sowjetzonenpresse. Der Leipziger Bezirksvorstand der Ost-CDU hat nach einer Meldung der Sowjetzonen-Agentur ADN der Sowjetzonenregierung empfohlen, „die finanziellen Mittel so zu lenken, daß die reaktionären Kreise in den Kirchenleitungen ökonomisch nicht gestärkt werden“.

Ferner wird erklärt, man müsse von den Vertretern der Kirche in der Sowjetzone erwarten, daß sie eine Absage an die NATO-Politik zum Ausdruck brächten. Die Sowjetzonen-CDU-Zeitung „Neue Zeit“ wirft außerdem Dibelius vor, die Sprache der Bibel als „Tarnsprache“ zu mißbrauchen, um

seine Predigt mit „gewissen westlichen Hetzparolen“ verknüpfen zu können.

Das Bulletin der Bundesregierung hat in scharfer Form zu dem immer stärker werdenden Kirchenkampf in der Sowjetzone Stellung genommen, der mit der Verurteilung des Leipziger Studentenpfarrers Schmutzler einen neuen Höhepunkt erreicht hat. Das Urteil gegen Pfarrer Schmutzler erweise sich als ein glatter Verfassungsverstoß, so wird in dem Bulletin betont, da der Artikel 41 der Sowjetzonen-Verfassung den Religionsgemeinschaften ausdrücklich das Recht zubillige, zu Lebensfragen des Volkes Stellung zu nehmen. An die Deutschen im freien Westen ergehe in dieser Zeit der ernste Mahnruf, den Brüdern und Schwestern in Mitteldeutschland auf alle mögliche Weise ideell und materiell beizustehen.

## 5 Millionen Dollar Auslandshilfe

Für Berlin — Lindrath: Mittelstand wird gefördert

Berlin (Eigenbericht). Die amerikanische Regierung wird Berlin im kommenden Jahr wieder zusätzlich 5,5 Mill. Dollar aus dem Auslandshilfe-Programm zur Verfügung stellen, teilte der Minister für wirtschaftlichen Besitz des Bundes, Dr. Lindrath, vor der Berliner Pressekonferenz mit. Er erklärte, diese Summe sei ihm von der amerikanischen Botschaft in Bonn genannt worden. Bundesminister Lindrath kündigte außerdem an, daß in den Zonenengengebieten, insbesondere im Harz, 80 bis 100 Ferienhäuser für Berliner Familien erbaut werden sollen, um den Berlinern einen billigen Urlaub zu ermöglichen. Lindrath, der sich bei seinem Besuch über die Wirtschaftslage

der Stadt informierte, kündigte eine verstärkte Förderung des Mittelstandes aus dem Rückfluß der ERP-Mittel an.

Auf die Privatisierung bundeseigener Betriebe eingehend, sagte der Bundesminister, gegenwärtig würde über die Privatisierung von drei Betrieben beraten. Es handle sich dabei um kleinere Unternehmen, die einen Vermögenswert von etwa 40 Mill. DM haben. Für die Privatisierung kämen in erster Linie Werften und Autofabriken in Frage. An eine Privatisierung von Betrieben, die sich schon sehr lange in der öffentlichen Hand befinden, wie beispielsweise der Bundesbahn, sei nicht gedacht. Grundsätzlich wolle der Bund nicht „darauf los verkaufen“.

# „Republikflucht ist kein Kavaliersdelikt“

Eisler: Wer nach Westen geht, ist Verräter — Pankow schränkt Freizügigkeit ein

Berlin (Eigenbericht). Während die Behörden und die Bevölkerung der Bundesrepublik bemüht sind, die menschliche Koexistenz zwischen West und Ost zu vertiefen, errichten die Kontrollorgane der Sowjetzone, die zur Zeit die staatliche Macht in Mitteldeutschland ausüben, immer neue Barrieren. In der Bundesrepublik wurden die Interzonenpässe abgeschafft, in der Sowjetzone werden die Kontrollbestimmungen verschärft: Wer nach dem Westen fahren will, braucht einen Interzonenpaß. Wer aus dem Westen in die Zone will, muß eine Aufenthaltsgenehmigung beantragen. Angestellte der staatlichen Verwaltung und der volkseigenen Wirtschaft erhielten ein Reiseverbot.

## „Verführt — verkauft — verraten“

Seit mehreren Wochen läuft in der Provinzpresse der Zone eine Kampagne gegen die Republikflucht. Der SED-Propagandist Gerhart Eisler hat eine Diskussion in der „Sächsischen Zeitung“ eingeleitet unter der Überschrift: „Verführt — verkauft — verraten“. Im Rahmen dieser Diskussion, die von der Abteilung Agitation und Propaganda des ZK der SED angeordnet war, behauptet Eisler, „Jeder Bewohner der DDR, der in die Bundesrepublik geht, ist ein Verräter an der deutschen Nation.“ Eisler verlangt, man müsse endlich damit aufhören, die Republikflucht als Kavaliersdelikt zu betrachten, sondern müsse sie als ein kriminelles Verbrechen ansehen, das zu bestrafen ist. Die Republikflucht bedeute Verrat an den Arbeiterinteressen. Wer die Zone verlasse, würde den westdeutschen Arbeitern als Lohndrücker in den Rücken fallen.

Im Rahmen dieser Diskussion sammelte Eisler Stimmen gegen die Republikflucht und veröffentlichte Leserzuschriften, in denen die lebensunwürdigen Verhältnisse in der Bundesrepublik dargestellt werden. Danach müssen Flüchtlinge im Westen grundsätzlich in Erziehungsanstalten, Obdachlosenasylen und in menschenunwürdigen Baracken hausen. Die reumütigen Rückkehrer, die sich mit einer Beschimpfung der Bundesrepublik ihr Eintrittsbillet für eine Heimkehr erkaufen, schildern in bösen Worten schlimme Zustände und verdrehen die Ausnahme zur Regel. Daß von den zwei Mil-

lionen Flüchtlingen bisher keine fünf Prozent zurückgekehrt sind, verschweigt die SED.

## Ulbrichts Gegenmaßnahmen

Die Bevölkerung der Sowjetzone antwortet auf die ungewöhnlich einfältigen Behauptungen mit konkreten Forderungen. In dieser Diskussion wird entschieden verlangt, daß sich der Staat mehr um die Sorgen der Bevölkerung kümmere und daß man untersuche, warum die Menschen ihre Heimat verlassen. Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse würden Tausende zwingen, nach dem Westen zu gehen. Aber die SED weigert sich, das politische System in Mitteldeutschland zu ändern und antwortet mit Drohungen. Ulbricht verlangte „entschiedene Gegenmaßnahmen“ gegen den Flüchtlingsstrom, weil der „Klassenfeind“ mit Abwerbung von Arbeitskräften und Spezialisten die „DDR“ schädigen wolle. Republikflucht sei ein „Verbrechen gegen den Frieden“, weil man sich in den „Machtbereich der schlimmsten Feinde des Volkes“ gebe.

Um die Fluchtbewegung einzudämmen, sieht die SED folgende „umfassende Gegenmaßnahmen“ vor:

1. Kontrollen aller Reisen aus der Sowjetzone nach Westberlin und die Bundesrepublik.
2. Keine Ausgabe von Interzonenpässen an Angehörige von Flüchtlingen und an Personen, die in Verdacht stehen, nach dem Westen flüchten zu wollen.
3. Schadensersatzansprüche des Staates an Flüchtlinge für den Schaden, der durch ihre Flucht entstanden ist.

Im Rahmen dieses Planes haben strenge Kontrollen in den Fern-D-Zügen nach Berlin begonnen. Alle Personen, die als Reiseziel Berlin angeben, werden genau überprüft. Ihr Gepäck wird scharf kontrolliert. Bei Fluchtverdacht werden sie vorläufig festgenommen, bis der Arbeitsplatz nachgeprüft ist und eine Haussuchung durchgeführt wurde.

Gegenseitige Besuche der Angehörigen werden „bis auf weiteres“ verboten, damit Personen, die flüchten wollen, abgeschreckt werden, weil sie sich nicht wieder besuchen dürfen. Geflüchtete Personen sollen mit dieser Maßnahme bestraft werden.

Volkseigene Betriebe und staatliche Verwaltungen stellen Schadensersatzansprüche an Flüchtlinge für den Schaden, der durch ihr unangemeldetes Fernbleiben von der Arbeit entstanden ist. Diese Ansprüche werden auch gegen Angehörige und gegen Verwalter von Flüchtlingsgut geltend gemacht.

Eine große Aufklärungskampagne soll die Bevölkerung überzeugen, daß es gefährlich ist, in die Bundesrepublik überzusiedeln. Die Studentenzeitschrift „Forum“ schrieb im Rahmen dieser Presseanweisungen aus dem Zentralkomitee gegen die Republikflucht in ihrer letzten Novemberausgabe in einem Aktionsprogramm zur Sozialisierung der Medizin: „Das Verlegen des Wohnsitzes oder der Arbeitsstelle nach Westberlin oder Westdeutschland bedeutet für uns nicht einen Wechsel von Klinik zu Klinik, sondern ein Überlaufen von der Zukunft des Sozialismus in die untergehende kapitalistische Welt. Dieser Schritt ist eine idelle und materielle Unterstützung der NATO ...!“

## SED verlangt Sippenhaft

Die „Lausitzer Rundschau“ geht in ihren Forderungen noch weiter und verlangt, daß die Eltern und Angehörigen von Flüchtlingen zur Verantwortung gezogen werden, wenn Studenten und Akademiker, die auf Kosten des SED-Staates aus-

Fortsetzung S. 5

## Wie der Fall Agartz ins Rollen kam

**Anonymer Anrufer verriet Geldtransport**

Karlsruhe (Eigenmeldung). Im Agartz-Prozß läuft vor dem Bundesgerichtshof die Vernehmung der 17 Zeugen ab. Gleich der erste von ihnen brachte mit seiner Aussage eine sensationelle kriminalistische Note in das Verfahren: Man schrieb den 20. März 1957. Die Zifferblätter der Berliner Kirchturmuhren zeigten auf 15.45 Uhr. Da läutete in seinem Amtszimmer das Telefon, und am Apparat meldete sich der Mann, der seinen Namen nicht nennen wollte. Der 35 Jahre alte Kriminalsekretär Hans Dahlke, der jetzt vor dem Bundesgerichtshof im Zeugenstand dieses Begebnis schildert, wurde damals sogleich hellhörig. Denn der Unbekannte am anderen Ende der Strippe sagte ihm, es sei ein illegaler Geldtransport aus Ostberlin an die verbotene KPD in der Bundesrepublik unterwegs. Nach eineinhalb bis zwei Minuten hängte der Namenlose ein mit dem Bemerkten, er glaube sich beobachtet.

Die kurze Zeit hatte jedoch genügt, um mitzuteilen, daß ein Pkw aus Hagen in Westfalen mit der Endnummer 297 nicht weit vom Alexanderplatz stehe, daß der Fahrer des Wagens der frühere Chauffeur des ehemaligen, inzwischen aus der Bundesrepublik verschwundenen KPD-Bundestagsabgeordneten Hugo Paul sei, und daß er eine große Geldsumme nach Hagen zu dem stellvertretenden KPD-Vorsitzenden Harig bringen sollte. Doch werde das Geld nicht in den Händen von Harig bleiben, sondern sei „für einen viel Höheren“ bestimmt.

An jenem Mittwoch im März begann der Fall Agartz zu rollen, als der Berliner Kriminalsekretär die zuständigen Stellen unterrichtete, die dann die Verhaftung des Fahrers Wieland in Helmstedt veranlaßten, der aus Ostberlin 21 000 DM für Agartz geholt hatte.

DT. Man kann dem deutschen Staate, soweit ihn Berlin und die Bundesrepublik symbolisieren, sehr wohl nachsagen, daß er heute seiner Rechtssicherheit eher eifriger als säumig nachgehe. Er hat sich mit seinem Urteil gegen diejenigen, die

seine Freiheiten gefährden und bedrohen, also gegen die SRP und die KPD, sehr weit auf das Gebiet der politischen Sicherung durch das Recht begeben. Das Bundesverfassungsgericht hat ein Arbeitspensum zu bewältigen, das mindestens nach dem Umfang darauf deutet, wie emsig der Staat darauf bedacht ist, all seine politischen Maßnahmen auf dem Fundament des Rechts zu basieren. Dr. Agartz, der ehemalige Chef-Ideologe der Gewerkschaften, bekommt diesen Drang des deutschen Staates nach rechtlicher Sauberkeit seiner freiheitlichen Politik jetzt zu spüren. Es ist dabei von nachgeordneter Bedeutung, ob der als Sozialpolitiker einst so bedeutende Mann schließlich verurteilt werden wird oder nicht. Der Bundesanwalt geht einem Verdacht nach, der Agartz anhängt: er habe die Mittel politischer Organisationen und Gruppen genommen, die auf den Sturz der verfassungsmäßigen Elemente der Freiheit zielen.

Der Prozeß in Karlsruhe wird in aller Breite und vor aller Öffentlichkeit abgewickelt, und wir nehmen an dem Schauspiel einer Wahrheitserforschung teil, wie es in dieser Gründlichkeit und Intensität noch ohne Vorgang ist. Zu beobachten ist dabei, wie nicht eine Gesinnung auf die Anklagebank gesetzt worden ist, sondern nach der Handlung gefahndet wird, die möglicherweise dem Recht des Staates auf Freiheit hätte gefährlich werden können. Es ist den Richtern von Karlsruhe zuzutrauen, daß sie bei ihren prozessualen Erkundungs-, Beweis- und Beschlußmethoden wohl zu unterscheiden wissen, ob man eine Politik oder das Recht zu schützen oder zu verdammen hat. Wer meint, die Politik stehe vor Gericht, hat noch nicht das revolutionierend Neue begriffen, das sich in solchen Prozessen mit politischem Hintergrund in der Bundesrepublik abspielt: der deutsche Staat ist peinlich darauf aus, ein Rechtsstaat mit allen sich aus solcher Forderung ergebenden Konsequenzen zu sein. Ein Rechtsstaat, der über die Freiheiten seiner Bürger wacht.

## „Republikflucht kein Kavaliersdelikt“

Fortsetzung von S. 4

gebildet wurden, die Zone verlassen. Die „Lausitzer Rundschau“ schlägt vor, daß sich die Studenten vertraglich verpflichten, ihre erworbenen Kenntnisse nur der Arbeiter- und Bauernmacht zur Verfügung zu stellen.

Alle diese Forderungen sind keine geeigneten Vorschläge, die Fluchtbewegung einzudämmen. Einzig und allein eine Änderung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse würde den Strom der innerdeutschen Völkerwanderung etwas zurückgehen lassen. In einem Leserbrief, den die „Sächsische Zeitung“ vom 29. November von Professor Oskar Halfter, Dresden, zur Republikflucht veröffentlicht, heißt es: „Von allen Fehlern und Übeln suche der Lehrer die Ursache zunächst bei sich selbst.“

Die Bevölkerung der Zone kennt die Ursachen der Republikflucht. Und unsere Lands-

leute wissen außerdem, daß Presse, Rundfunk und Behörden im Westen seit Jahr und Tag das gleiche sagen, was in unzähligen Gesprächen hier in Westberlin zum Ausdruck kommt: „Versucht so lange zu bleiben, wie es irgendmöglich ist.“ Das nennt die SED „Abwerbung“, weil sie nicht wahrhaben will, was die ganze Welt sieht, daß monatlich Zehntausende mit den Füßen abstimmen, indem sie die Zone verlassen.

## Atomkreuzer auf Kiel gelegt

Washington (DPA). Der erste mit Atomkraft getriebene Kreuzer der US-Marine ist auf Kiel gelegt worden. Er soll den Namen „Long Beach“ tragen und 1961 etwa gleichzeitig mit dem ersten Atomflugzeugträger der Marine fertiggestellt sein.

Im Laufe der nächsten zehn Jahre wollen die USA eine schnell einsatzfähige „Atomflotte“ aufbauen.

## Liebesmahl mit zwei Genossen

West-östliche Plauderei über Mercedes, Sputniks und Politik

Paris (Eigenbericht). Natürlich, bei Russen weiß man nie genau, ob etwas dahinter steckt. Doch als die beiden sowjetischen Kollegen uns nach einer der vielen Pariser Pressekonferenzen fragten, ob wir nicht zusammen essen wollten, steckte bei ihnen sicher auch der Wunsch dahinter, ein möglichst gutes Essen auf Spesen schreiben zu können. Wir sagten zu.

Vorsichtig robbeten wir uns während der Vorspeisen aufeinander zu. Ihre Geschichte vom Russen, der sich einen deutschen Mercedes 300 gekauft habe, honorierten wir mit dem Eingeständnis, daß wir uns gern einen russischen Sputnik kaufen würden, und für das Lob der deutschen Autobahnen revanchierten wir uns mit der Erzählung von einem Freunde, der hin und wieder gern zur Erinnerung ein bißchen Machorka in Zeitungspapier rauchte.

Die Feindberührung kam schnell. Ein in Deutschland gekauftes Grammophon hatte sich als halb so teuer erwiesen wie ein Apparat gleicher Marke in Frankreich. — Nie, sagte der eine bei der Bouillon, würde Frankreich wirklich beim Gemeinsamen Markt mitmachen, denn wir würden in ihm zu sehr dominieren. Oh, sagten wir, sie sollten die Geschäftstüchtigkeit der Franzosen ja nicht unterschätzen. Wahrscheinlich würden sie bald alle Präsidentenposten haben, die Italiener alle Finanzabteilungen, während wir die Techniker stellen würden.

**Na, na, sagten sie**

Und die Amerikaner, sagten sie, verlassen Sie sich wirklich auf die Amerikaner? Wir schon, sagten wir. Aber gerade weil Chruschtschow mit den Amerikanern allein in einer Ecke mauseheln möchte, müssen wir doch daran denken, daß Ihr immer noch was in der Tasche habt, was uns gehört. Wir brauchten doch nur mit Pankow zu reden, sagten sie. Pankow? fragten wir. Wenn sie damit irgendeinen sowjetischen Gauleiter meinten — Sprößlinge aus so altem Hause wie wir redeten

nie mit dem Personal, sondern immer nur mit den Herrschaften.

Wir haben dreißig Jahre gearbeitet, sagten sie, jetzt haben wir nur Sputniks, bald werden wir Neonlicht und schöne Frauen mit Pelzen und Waschmaschinen haben. In diesem Moment waren wir wirklich aufrichtig, und wir benedeten sie auch ein bißchen. Trinken wir darauf, daß Sie bald dort angelangt sein werden, sagten wir. Ernsthaft, Neonlicht und Pelze seien der Verbürgerlichung sehr bekömmlich.

**Verbürgerlichung — nie!**

Verbürgerlichung, lachten sie, nie! Nun, sagten wir, jeder wolle doch mal seinen Enkeln das Wochenendhaus am Baikalsee vererben, ohne daß Kleins-Iwan eine Parteikarriere machen muß. Mal würden auch ihre alten Revolutionäre Bedürfnis nach Ruhe haben. Auch ein Sicherheitspakt würde doch Ruhe bringen, meinten sie. Wir schüttelten melancholisch den Kopf. Vielleicht später mal. Vorläufig seien wir noch zu klein und zu schwach, um uns ohne großen Bruder am Stadtrand auf die Straße zu trauen. Ihr seid nicht klein, sagten sie. Ihr habt uns zweimal überfallen, und Ihr wollt uns noch mal überfallen.

Glaubten sie's wirklich? Wenn sie es glaubten, hatte es wenig Zweck, ihnen zu sagen, daß wir jetzt reinen Herzens waren. Wir sind klein, sagten wir, aber natürlich... Sie hätten schon recht, niemand könne garantieren, wie wir in fünf Jahren über den sowjetischen Gauleiter in Pankow dächten. Aha, sagten sie, endlich ein ehrlicher Deutscher. Ob B. u. C. auf ihren Reisen mal einen Stierkampf in Spanien gesehen hätten? fragten wir. Nein, sagten sie, denn beide könnten nicht das Blut unschuldiger Tiere sehen. Drum, sagten wir, dann wüßten sie auch nicht, wie man einen wilden Stier, der nun mal nicht totgepikt wurde, aus der Arena wieder herausbekommt? Die

### SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.  
Druck: W. Büxenstein, GmbH.

Spanier ließen einfach ein paar freundliche Kühe hinein und nach einer Weile trabe in ihrer Mitte der Stier ganz friedlich heraus...

Sie meinen also...? sagten sie. Jawohl, wir meinten, wenn sie uns schon mißtrauten, sei die einzige Garantie, uns in die friedlichen Belgier, Luxemburger, Italiener und Franzosen zu verpacken, die doch bestimmt keinen Krieg anfangen würden. Wir verstünden wirklich nicht, was sie gegen ein vereintes Europa hätten. Natürlich, das Rezept klappe nur, wenn alle bösen deutschen Stiere von ruhigen Kühen umgeben würden, auch die von jenseits der Elbe.

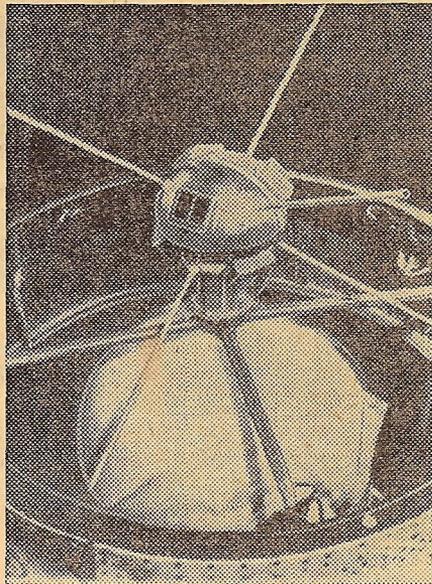
Sie waren zehn Sekunden ruhig, und das war bei der Schnelligkeit, mit der die Genossen sonst die Antworten bei der Hand haben, ein schöner Erfolg. Dann meldete der Rundfunk, daß sie uns in Moskau als Militaristen gebrandmarkt hätten und daß die rote Internationale jetzt wieder in aller Öffentlichkeit zusammenarbeiten werde.

Das nächste Mal werden wir sie einladen, nicht nur, weil es sich so gehört, sondern weil es wohl tut, mal mit Russen, und sei es auch auf französisch, deutsch reden zu können,

## Raketenhülle in Hamburg?



„Panzerschirm! Sind ja noch mehr  
Sputniks oben!“



Das ist der erste US-Erdsatellit. Er wiegt nur etwa fünf Pfund, hat einen Durchmesser von 18,25 cm und soll „irgendwann im Dezember“ — man vermutet, schon sehr bald — auf seine Bahn geschickt werden.

## Erkannte Gefahr

DT. Kaum hatte Chruschtschow den künstlich schwelenden türkisch-syrischen Brandherd ausgeblasen, wurde im Nahen Osten ein neuer entfacht. Genau gesagt: die alte glimmende Glut des arabisch-israelischen Gegensatzes wurde wieder zum Auflodern gebracht, und zwar durch Syrien und Ägypten, die den jordanischen König Hussein des Konspirierens mit Israel bezichtigten. Hussein wußte gegen diesen Vorwurf nichts Besseres zu unternehmen, als mit massiven Unfreundlichkeiten gegen die israelische Exklave in Jerusalem seine arabische Gesinnung zu unterstreichen. Aber was Kairo und Damaskus und wahrscheinlich auch Moskau bezweckten, war erreicht: Fortsetzung der Unruhe und Schwierigkeiten für Jordanien. Aus diesem erregten Zustand könnte sich ein neuer Zusammenstoß mit den streitbaren Israelis entwickeln.

Bei den UN hat man das sofort erkannt. Generalsekretär Hammarskjöld reiste am Freitag in ungewöhnlicher Eile nach Amman. Er will sich nicht wieder den Vorwurf mangelnder Initiative machen lassen; es soll nicht wieder wie vor einem Jahr am Suez ein blutiges Abenteuer geschehen, ohne daß vorher an Ort und Stelle alles zu seiner Abwendung geschehen ist. Hammarskjöld hat um so mehr Grund zur Aktivität, als er sich nicht in Budapest für die Grundsätze der UN einsetzen konnte. Wird er es jetzt können? Seine Anwesenheit im Nahen Osten dürfte zumindest übereilte Schritte sowohl auf arabischer als auch auf israelischer Seite verhindern.

Palästina, vor genau zehn Jahren geteilt, wird jetzt systematisch in eine Problematik gezogen, die in ihrer jetzigen Form vor zehn Jahren noch

nicht bestand: weil damals der Nahe Osten kein bevorzugtes Betätigungsfeld der Sowjets gewesen ist. Bevor sich Moskau entschloß, auf die Araber und ihren „Nationalismus“ zu setzen, bestanden sogar Sympathien nach Israel und zurück. Heute aber ist Moskau einseitig-parteilich und damit alles andere als ein neutraler Ausgleichsfaktor. Diese schwierige Rolle ist den UN auferlegt, die bei der Bevölkerung dieser Gebiete immerhin ihre moralische Anerkennung besitzen und behalten haben. Nicht viel mehr wird Hammarskjöld ins Feld führen können, zumal die seit Suez oft geforderte automatisch reagierende ständige UN-Hausmacht noch lange nicht existiert. Auf dem nüchternen Feld der Macht bleibt schließlich auch hier wie an der türkisch-syrischen Grenze Amerikas Entschlossenheit entscheidend, den Brand mit allen Mitteln zu löschen, sollte er sich gefährlich ausweiten.



**BILDER DER WOCHE.** Oben: Zu Bergen türmen sich die Weihnachtspakete bei den Berliner Postämtern. Es wurden genügend Hilfskräfte für die Hochsaison eingestellt.  
— Unten: Bauchlandung einer Maschine, die die Strecke Berlin—Düsseldorf befliegt, auf dem Flughafen Tempelhof in Berlin. Zum Glück gab es keine Verletzten.

